

14.03.2022

## Kleine Anfrage 6478

der Abgeordneten Andreas Keith und Markus Wagner AfD

### **Angriffe auf und Diskriminierung von russischstämmigen Mitbürgern in NRW, in Folge des Kriegs in der Ukraine**

Vor dem Krieg lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamts gut 235.000 russische und 135.000 ukrainische Staatsbürger in der Bundesrepublik. Daneben gab es im Jahre 2020 laut Statistik 298.000 deutsch-russische Doppelstaatler; 24.000 Menschen hatten zugleich die deutsche und die ukrainische Staatsbürgerschaft. Die Zahl der russischsprachigen Zuwanderer ist aber viel höher: Migrationsexperten schätzen sie auf etwa 2,2 Millionen. Viele Migranten mit russischen Wurzeln kamen als Spätaussiedler oder als jüdische Kontingentflüchtlinge, andere zum Arbeiten.<sup>1</sup>

Für den verachtenswerten russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die dortigen Kriegshandlungen sind die in NRW lebenden Spätaussiedler, russischstämmigen Deutschen oder die in NRW lebenden russischen Staatsbürger in keiner Weise verantwortlich.

Von daher ist es zum einen unangemessen, wenn nun allen russischstämmigen Menschen eine explizite Distanzierung von Russland und von der russischen Regierung abverlangt wird und sie damit implizit für das Vorgehen Putins in Mithaftung genommen werden sollen.

Insbesondere ist es aber unangemessen, wenn es – Medienberichten folgend – vermehrt zu emotional aufgeheizten Situationen, verbunden mit Ausgrenzungen, Anfeindungen bis hin zu körperlichen Angriffen oder Sachbeschädigungen kommt. Diese Diskriminierungen und Angriffe gegen Spätaussiedler und Russen in NRW sind inakzeptabel und aufs Schärfste zu verurteilen.

Dieser gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, dieser aufgezwungenen Kollektivhaftung, ist umgehend Einhalt zu gebieten, da dieses inakzeptable Vorgehen nicht Putin bzw. die russische Regierung trifft, sondern diejenigen Menschen, die in Frieden und Sicherheit in NRW leben möchten.

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/russen-deutschland-krieg-ukraine-erleben-36668946>

So gab es seit Kriegsbeginn beispielhaft folgende Vorfälle:

- Auf eine deutsch-russische Schule in Berlin wurde ein Brandanschlag verübt. Die Täter sind von mehreren Überwachungskameras erfasst worden, als sie ein Feuer im Eingangsbereich der Privatschule gelegt haben. Der Tagesspiegel meldet: „Wir gehen von einer Vorsatztat und einem Zusammenhang zum Krieg in der Ukraine aus“.<sup>2</sup>
- In Oberhausen gab es einen Angriff auf einen polnisch-russischen Supermarkt. Unbekannte haben nachts eine Fensterscheibe zerschlagen und die Fassade mit weißer Farbe beschmiert. Wie die WAZ weiter berichtet, gab es dort bereits in der Vorwoche Farbschmierereien. Dabei wurde „Freie Ukraine“ und „Putin Mörder“ in großen Lettern auf das Glas gesprüht.<sup>3</sup>
- Der russische Botschafter schickte bereits eine Note an das Auswärtige Amt, in der er eine angebliche Diskriminierung russischer Landsleute in Deutschland kritisierte. Er schilderte einen starken Anstieg von Fällen gegenüber russischsprachigen Bürgern. So habe es binnen dreier Tage hunderte Beschwerden von Landsleuten in Deutschland gegeben, die sich über Drohungen und Hassbriefe beklagt hätten. Es gehe dabei unter anderem um Beschädigung von Autos mit russischen Kennzeichen, Beschimpfungen, Hassbriefen, körperlichen Übergriffen und Mobbing unter Schülern.<sup>4</sup>

Wie die Tagesschau berichtet, kursiert in sozialen Netzwerken das Foto eines vermeintlich aktuellen Drohbriefs mit den Worten "Russen\*\*\*\*, haut endlich hier aus Deutschland ab".<sup>5</sup>

Wie auf Web.de berichtet wird, vermeiden es Russen bereits, in der Öffentlichkeit Russisch zu sprechen. Eine ältere Frau wird wie folgt zitiert: „*Meine Familie und ich haben schon Angst. Meine Tochter hat zu mir gesagt, ich soll in der Bahn lieber kein Russisch sprechen.*“<sup>6</sup>

Besonders hart trifft es russische LKW-Fahrer, die auf Grund gesperrter Kreditkarten in Deutschland stranden, nicht mehr tanken können und überall unerwünscht sind. In Plettenberg stecken vier russische Lkw-Fahrer fest und harren – zu ihrer Sicherheit – mit Genehmigung eines Firmeninhabers auf dem Firmenparkplatz aus.<sup>7</sup>

Eine als jüdischer Kontingentflüchtling eingewanderte Frau, die sich für Flüchtlinge aus der Ukraine engagiert, berichtet, dass ihr und ihrer Familie die Bankkonten eingeschränkt wurden, nur weil sie immer noch russische Staatsbürger sind, obwohl sie seit Jahren in Deutschland leben.<sup>8</sup>

Gaststätten haben auf ihre Türen geschrieben, dass sie keine „Russen“ bedienen würden. Es kam auch schon vor, dass eine Familie aus dem ukrainischen Charkiw in einem Restaurant nicht bedient wurde, weil sie untereinander Russisch sprach.<sup>9</sup>

<sup>2</sup> Vgl. [https://reitschuster.de/post/naechtlicher-brandanschlag-auf-deutsch-russische-schule-in-berlin/?fbclid=IwAR3ffBjiD2qQDV6nMqYOL3cl-4WEK\\_0ST71FMEf0rKmzcA8Ka-rlnbPrIN4](https://reitschuster.de/post/naechtlicher-brandanschlag-auf-deutsch-russische-schule-in-berlin/?fbclid=IwAR3ffBjiD2qQDV6nMqYOL3cl-4WEK_0ST71FMEf0rKmzcA8Ka-rlnbPrIN4)

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.waz.de/politik/landespolitik/russen-in-nrw-befuerchten-angriffe-und-bedrohungen-id234730913.html>

<sup>4</sup> Vgl. <https://www.dw.com/de/zunehmende-anfeindungen-gegen-russen-in-deutschland/a-61030651>

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/ukraine-russland-auswirkungen-101.html>

<sup>6</sup> Vgl. <https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/russen-deutschland-krieg-ukraine-erleben-36668946>

<sup>7</sup> Vgl. <https://ansage.org/entrussifizierung-laeuft-festgesetzte-lkw-fahrer-mobbing-in-schulen-entlassungen/>

<sup>8</sup> Vgl. <https://www.cicero.de/innenpolitik/sanktionen-gegen-russische-buerger-die-situation-hat-mich-sehr-erschuttert>

<sup>9</sup> Ebenda

**Wir fragen daher die Landesregierung:**

1. Wie viele Gewaltdelikte oder Sachbeschädigungen gegen in NRW lebende Spätaussiedler, russischstämmige Deutsche oder in NRW lebende russische Staatsbürger im Zuge der Ukraine-Krise sind der Landesregierung bekannt? (Vorfälle bitte auflisten)
2. Wie viele Menschen kamen dabei bisher zu Schaden?
3. Was unternimmt die Landesregierung im Zuge dieser Diskriminierung gegen Hass und Hetze im Internet gegenüber russisch-stämmigen Mitbürgern?
4. Welche besonderen Schutzmaßnahmen wurden bzw. werden für russische Einrichtungen in NRW getroffen? (z.B. Konsulate, Kultureinrichtungen, Vereine, Geschäfte etc.)
5. Mit welchen Maßnahmen bekämpft die Landesregierung diese Übergriffe in Form einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, verbunden mit einer offensichtlichen Kollektivhaftung?

Andreas Keith  
Markus Wagner